

*William E. Griffith, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Vorwort von Richard Löwenthal. Aus dem Amerikanischen übersetzt v. Gisela Kramer. Engl. Originalausg. unter dem Titel „The Ostpolitik of the Federal Republic of Germany“.*

The MIT-Press, Cambridge/Ma.-London 1978; 1. dt. Aufl.: Verlagsgemeinschaft Klett-Cotta, Stuttgart 1981, 419 S., kart. DM 38,—.

Der bekannte amerikanische Deutschlandkenner William E. Griffith, Politologieprofessor am angesehenen Massachusetts Institute of Technology, Verfasser zahlreicher Bücher über Kommunismus und internationale Politik, hat das hier anzuzeigende Buch erstmals 1978 in englischer Sprache für die amerikanische Welt herausgebracht; seine deutsche Übersetzung, die der Berliner Soziologe Richard Löwenthal, Verwandter des ZDF-Monitors Gerhard Löwenthal, mit einem Vorwort versehen und auch kritisch interpretiert hat, brachte der Verlag Klett-Cotta im Jahre 1981 heraus, in dessen Verlauf sie als Problemgeschichte und Problemanalyse der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland für die deutsche politische Öffentlichkeit und Meinungsbildung eine neue wachsende Aktualität gewann, die so schnell nicht abklingen wird. Das politische Buch, das in pragmatischer Nüchternheit und mit genauer Kenntnis das Thema abhandelt, sich allerdings an Rußlandkennerschaft mit dem angesehenen amerikanischen Experten G. Kennan nicht messen kann und es sich mit den Gegenargumenten manchmal zu leicht macht, ist als eine sehr nützliche und höchst anregende Einführung in das Problem und als Stellungnahme zu seinen Details den Wissenschaftlern sowie den engagierten und gegenwärtigen historisch-politischen „Bürgern“ sehr zum Studium zu empfehlen. Griffith hat die deutsche Übersetzung im 6. Kapitel (Nachwort) auf den neuesten Stand von 1980 gebracht und damit sein Ersturteil an einer neuen Lage zu präzisieren versucht. Für Deutsche sind Überlegungen, wie sie dieses Buch bietet, lebenswichtig, weil ihre geschichtlichen Erfahrungen im 20. Jahrhundert in zwei Weltkriegen den zwingenden Schluß nahelegen, daß Alleingang, Isolierung, Neutralität, Agieren zwischen zwei Fronten zu Katastrophen führen und die machtlose geteilte Mitte zu einer festen Stellungnahme zwischen den Machtblöcken gezwungen ist, auch wenn und weil die Alliierten in Jalta Europa in zwei kontinentale und globale Interessenzonen aufgeteilt haben und John F. Kennedy beim Berliner Mauerbau dies bestätigt hat. Während Konrad Adenauer, auch unter dem Einfluß von John F. Dulles, keine wesentlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zum Osten unterhielt, hat der CDU-Außenminister Gerhard Schröder unter Adenauer und Erhard darin einen Wandel vorbereitet und haben Brandt und Scheel als Bundeskanzler und Außenminister den entscheidenden Schritt von der harten Abgrenzung zum detent — Ost-West Entspannung — und zu einer deutschen Ostpolitik getan. Griffith, der historisch urteilt und das nationale Interesse als politische Zentralkategorie ansieht, kommt zum Schluß, daß die sozialliberale Ostpolitik zwar nicht die Maximalziele — Wandel durch Annäherung — erreicht, aber die internationale Stellung der Bundesrepublik und den Zusammenhalt der Deutschen in Ost und West gestärkt habe. Aus einem Brennpunkt des kalten Krieges wurde die Mitte Europas ein Gebiet relativer Befriedung (Sicherung Berlins, Massenkontakte, er-

weiterte Wirtschaftsbeziehungen, größere Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt und den Bundesgenossen). Löwenthal sieht den Hauptgewinn im Wegfall eines deutschen „Sonderkonflikts“ mit dem Sowjetblock, was aber nicht auf eine Sonderbeziehung zur Sowjetunion und ihrem Bündnissystem abzielte, sondern nur mehr den allgemeinen Gleichschritt der deutschen mit der westlichen Ostpolitik festschrieb. Grundlage für diese Politik war die stärkende Rückendeckung Deutschlands durch das Atlantische Bündnis. Deutschlands Anteil an der gemeinsamen Ostpolitik des Westens trat 1975 in Helsinki (KSZE) deutlich in Erscheinung. Jedoch die Aushöhlung der Entspannung bis in die Wende zu den achtziger Jahren hinein hat Deutschlands Gleichklang mit der westlichen Ostpolitik erneut gefährdet. Über die Ursachen dieses Verfalls der Entspannung sind sich Griffith und Löwenthal nicht ganz einig. Beide meinen, daß die Voraussetzung einer echten detent Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts zwischen Ost und West ist und daß die Kontrolle des Konflikts durch Verhandlungen unabdingbar sei. Nach Griffith ist die neue Krise durch drei Hauptursachen der Destabilisierung herbeigeführt worden: a) die Beschleunigung des Wettrüstens der Supermächte, b) eine systemimmanente Destabilisierung der detent in Europa c) die Ausnützung der Instabilität der Dritten Welt durch die Sowjets und teilweise auch die Amerikaner. Man muß aber wohl die zeitweilige Handlungsunfähigkeit der USA noch hinzurechnen.

Mit seiner These, daß Entspannung aber die Linken im Westen, die Dissidenten und Rebellen im Osten stärken und die herrschenden Kreise des Westens verunsichern werde, hat Griffith mehr recht behalten, als Löwenthal zugeben möchte. Zwar hat der Eurokommunismus sich in Westeuropa nicht aufbauen können, aber die Kommunisten Frankreichs sind an der Regierung Mitterand beteiligt worden und Berlinguer übt in Italien härtere Kritik an Moskau. Die Aktionen der verschiedenen Friedensbewegungen des Jahres 1981 haben die Wehrbereitschaft nicht gestärkt. Griffith meint, daß die sowjetische Verhärtung gegen Dissidenten und jüdische Auswanderer sowie die Wehrunlust in Westeuropa die Entspannungsfeindlichkeit der amerikanischen öffentlichen Meinung nach Vietnam und Watergate und J. Carter wieder sehr verstärkt haben. Die Empörung über die sowjetische Rüstung und Rußlands gewaltsame Aktionen in der Dritten Welt, der Einmarsch in Afghanistan und zusätzlich das Kriegecht in Polen haben schon unter Carter die amerikanische Außenpolitik und Reagans Wahl stark unterstützt und der Entspannungs-Idee schwersten Schaden zugefügt. Eine konstruktive Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung hängt noch mehr von der Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts und von offenen Verhandlungsbeziehungen zwischen Ost und West ab, die von einer gemeinsamen Ostpolitik des Westens getragen werden. Als Voraussetzung für die Erhaltung des Machtgleichgewichts sieht der Sozialdemokrat Löwenthal die Stärkung der konventionellen Waffen an sowie die Produktion amerikanischer Kernwaffen mittlerer Reichweite zur Aufstellung in Europa. Deutschlands Interesse an einer gemeinsamen Ostpolitik des Westens ist unabdingbar, schon wegen seiner geographischen Lage und der Teilung der Nation.

Eine Teilfrage der neuen Ostpolitik war ein Vertragsabschluß mit der Tschechoslowakei, der sich sehr schwierig anließ, gerade nach dem sowjetischen Einmarsch

in Prag 1968. Die ČSSR forderte, daß Bonn die Ungültigkeit des Münchener Abkommens ab initio (ex tunc) mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen anerkennen müsse. Die Sudetendeutschen waren der Meinung, daß die Hinnahme dieser Formel durch die Bundesregierung sie berechtigt hätte, Reparationsansprüche für ihr konfisziertes Eigentum an die Bundesregierung zu stellen, da Bonn die legalen sudetendeutschen Reparationsansprüche aufgegeben hätte, wenn es die tschechische Ansicht billigte, daß die Sudetendeutschen bis 1945 Bürger der ČSR waren; in Wirklichkeit hatte sie das Münchener Abkommen von 1938 zu deutschen Staatsbürgern gemacht. Die tschechische Formel hätte auch die Möglichkeit geschaffen, die Sudetendeutschen als Kriegsverbrecher zu verfolgen. Diese politisch motivierten Argumente wollten jeden Vertrag mit der ČSSR verhindern, besonders wenn er ihr „Heimatrecht“, die Rückkehr in die Tschechoslowakei, nicht garantierte und ihr Selbstbestimmungsrecht nicht sicherte. Bonn erkannte aus rechtlichen Gründen diese Forderung nicht an, Großbritannien hatte diese Formel nie gebraucht. Prag verlangte Reparationen von der Bundesrepublik. In Bonn war man bereit zu sagen, daß Hitler durch seinen Einmarsch in Prag 1939 das Münchener Abkommen ungültig gemacht habe. Seit 1967 schon war in Prag eine Handelsmission der Bundesrepublik. Der Vertrag vom 20. Juni 1973 kam auf ein Signal Moskaus zustande. Dieser schwer zustandegewordene Kompromiß enthielt mehr tschechische als deutsche Zugeständnisse. Das Schlüsselproblem des Münchener Abkommens wurde dadurch halbwegs gelöst, daß es beiden Vertragspartnern offen ließ, seine Gültigkeit jeweils in ihrem Sinne auszulegen; Artikel 2 schloß ja alle rechtlichen Konsequenzen aus; er sah auch einen beiderseitigen Gewaltverzicht, Anerkennung der territorialen Grenzen, Repatriierung von Tschechoslowaken und Volksdeutschen und verbesserte Reisemöglichkeiten vor. Bonn profitierte vom Vertrag und nahm bald diplomatische Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien auf.

Schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der deutschen Ausgabe des Griffith-Buches war die Ostpolitik zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik nicht strittig, aber problematisch geworden. Kissinger hat eben (1982) die gleichen Zweifel an der Ostpolitik wie Anfang der siebziger Jahre geäußert; wie Adenauer mißtraut(e) Schmidt, freilich aus anderen Gründen, dem Regierungskurs in Washington. Tatsächlich räumten die kleineren und mittleren Staaten Europas der Entspannung höhere Priorität ein als die beiden Großmächte. Auch nach Afghanistan, das die amerikanisch-deutschen Beziehungen obendrein verschlechterte, verfolgte die Bundesregierung ihre eigenen Interessen gegenüber der DDR und Frankreich aus nationalem deutschem Interesse. Die westdeutsche Industrie blieb weiter am Handel mit der UdSSR, DDR und Osteuropa interessiert, SPD und Bundesregierung wollten ihre guten Beziehungen zu Polen und Ungarn nicht aufs Spiel setzen. Allerdings sind die engen deutsch-französischen Beziehungen unter Mitterand frostiger geworden und arbeiten Schmidts Kurs nicht mehr so leicht zu Paß. Heute ist die öffentliche Meinung Deutschlands nicht so allgemein antisowjetisch wie die durch die bitteren persischen Erfahrungen, durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan gereizte und durch das Kriegsrecht in Polen mobilisierte amerikanische öffentliche Meinung. Bonn will vermeiden, daß ein sowjetisch-amerikanischer Zusammenstoß in der Dritten Welt die Entspannung in Mitteleuropa gefährdet — und damit,

so glaubt man, die Sicherheit der Bundesrepublik und die Vorteile der Ostpolitik im ganzen. Trotz ihres zunehmenden Selbstbewußtseins und der Angst vor einem Sicherheitsdefizit kann, darf und wird die Bundesrepublik mit Washington nicht brechen; eine Vermittlerrolle könnte aber auch eine Selbstfinnlandisierung heraufbeschwören. Die Erfolge der Ostpolitik sind um die Wende 1980/81 und 1982 fraglich geworden. Die Besetzung Polens durch die Sowjetunion würde die Entspannung in Europa beenden; doch noch scheint Moskau die Vorteile der Entspannung, vor allem in Europa, hoch zu bewerten. Amerika und die CDU/CSU machen der Bundesregierung zum Vorwurf, daß sie trotz Zwangsumtausch und trotz Polen im Grund nur mit Protesten reagiert.

Das interessante und lehrreiche, durch einen großen Anmerkungsapparat und Literaturangaben reich belegte und wissenschaftlich nüchterne Buch eines bedeutenden Kenners Deutschlands und der internationalen Politik ist ein sachlicher Wegweiser für das Verständnis und die Analyse der unmittelbaren Zukunft der westdeutschen Ostpolitik und der amerikanisch-deutschen Beziehungen innerhalb und außerhalb der Nato.

München

Karl Bosl

*Genossen-Geflüster. Flüsterwitze und Karikaturen aus dem Osten. 4. Folge. Hrsg. von Alexander E. Heiman.*

Verlag SOI — Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1977, 119 S., DM 8,—.

In Staaten, in denen die freie Meinungsäußerung nicht geduldet wird, wo kontrollierte und zensierte Massenmedien nur eine manipulierte „Wahrheit“ verkünden dürfen, wo materielle Not herrscht und die Angst vor den gesetzwidrigen Übergriffen der Mächtigen grassiert, da entsteht ein Klima, in dem der politische Witz gedeihen kann. Aus der Wehrlosigkeit und dem Gefühl des Ausgeliefertseins an ein anonymes, furchteinflößendes politisches System wird der politische Witz als Waffe des anderweitig wehrlosen Bürgers gegen seine Unterdrückung geboren. Trotz aller angeblichen Liberalisierungsmaßnahmen und trotz der Versprechen, eine „Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ wie im Stalinismus nicht mehr zulassen zu wollen, bieten die osteuropäischen Staaten der Volksdemokratie einen fruchtbaren Boden für das Erfinden und Weiterverbreiten politisch eingefärbter Witze.

Die Zahl der Witzsammlungen aus dem osteuropäischen Bereich hat in den letzten Jahren stark zugenommen — Wiederholungen, Varianten, geschmacklose Reprisen und unzulässige Aktualisierungen sind dabei an der Tagesordnung. Davon ist auch der anzuzeigende Band — immerhin bereits die 4. Folge der Reihe — nicht ganz frei. Einige der aufgenommenen Witze waren als sogenannte „Judenwitze“ bereits Ende des 19. Jahrhunderts im Umlauf; viele haben unter anderen politischen Verhältnissen und Zeitläuften bereits dazu gedient, würdige „Führer“ der Lächerlichkeit preiszugeben oder die Lebensumstände und die Beschränkungen der bürger-